

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Manfred Opel MdB zur politischen und militärischen Lage in Somalia: Somalia braucht endlich ein politisches Konzept.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB zum Stand der Bahnreform: Bahnstrukturreform verträgt keinen Zeitaufschub.

Seite 4

48. Jahrgang / 141

28. Juli 1993

Somalia braucht endlich ein politisches Konzept **Zur politischen und militärischen Lage in Somalia**

Von Manfred Opel MdB

Nichts läuft wie geplant in Somalia.

Das ist weder die Stunde der Rechthaber noch die der Rechtfertiger. Es ist weder die Stunde der Härte noch die des Hurra.

Die ungeschminkte Wahrheit ist, daß die Bundesregierung den militärischen Einsatz der Bundeswehr ohne Rücksicht auf ein überzeugendes politisches Konzept der UNO, trotz massiver rechtlicher Bedenken und ohne Offenlegung des tatsächlichen Auftrags sowie des gesamten politischen und militärischen Risikos wollte. Ihr ging es nicht in erster Linie um die leidenden Menschen in Somalia und um humanitäre Hilfe. Ihr ging es einzig und allein um die Weihen einer Weltmacht mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Für diese "nationale Größe" im wertkonservativen Politikverständnis benutzen Kohl, Rühe und Kinkel bewußt einen Teil unserer Bundeswehr. Die "freiwilligen" Somalia-Soldaten der Bundeswehr bezahlen den Preis. Wie lange wohl noch freiwillig?

Der gefahrlos eingeschwebte Minister Rühe hat das alles bei seiner Begrüßungsinszenierung vor Belet Huen freimütig eingeräumt. Dem Verfassungsgericht und dem Bundestag gegenüber verschwieg er dies.

Die Militärmaschinerie unter UN-Flagge in Mogadischu zerschlägt in Tagen mehr politisches Porzellan, als die Weltgemeinschaft je in Jahren wiederaufbauen kann. Der amerikanische Admiral Howe, zugleich UNO-Beauftragter in Somalia, tut nichts ohne Segen des Pentagons. Er trifft sich "geheim" mit dem Clan-Vorsteher Ali Mahdi, der um keinen Deut besser ist, als sein Gegenspieler Aidid. Will Washington wieder ein Marionetten-Regime unterstützen, wie damals in Saigon? Die Schwarz-Weiß-Methoden von Wildwest taugen nicht für Somalia.

Niemand wird die traditionelle Clanstruktur in Somalia "überwinden", wie insbesondere die Hardthöhe hofft. Wer sich durch militärische und politische Tölpeltätigkeit mit einem Clan verbündet oder ihm umgekehrt gar "das Gesicht raubt", wird den Frieden nicht voranbringen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreuzträger Zeitung
mit versaltem Rohstoff
Kreuzträger-Papier



Einen Vorgeschmack bekam das deutsche Vorkommando, das zu Beginn nur Somalis eines einzigen Clans in Belet Huen beschäftigte und sich damit andere unnötigerweise zum Gegner machte.

Auch die deutschen Sanitäter haben unterdessen gemerkt, daß Ihre "humanitäre Hilfe", die Ihr Minister Rühle vor dem Bundestag so lautstark pries, von Somalis (ohne Ihr Wissen) gegen bare Münze "verkauft" wurde.

Nichts ist in Somalia, wie zu Hause versprochen und trainiert. Da werden selbst Kraftwagen von UNO-Kameraden gefilzt, wenn sie das deutsche Lager verlassen. Dann "organisieren" ist Volkssport in Somalia - auch bei den UN-Truppen.

Wer von unseren Soldaten als Idealist mit einem großen Herzen nach Somalia kam, muß rasch feststellen, daß er eingeschlossen ist in eine verbarrikadierte Welt. Kontakt zur notleidenden Bevölkerung gibt es praktisch nicht.

Die militärischen Berichte aus Somalia leiden unter einem bemerkenswerten Realitätsmangel. Jeder weiß, daß das humanitäre Deckmäntelchen zerrissen ist. Trotzdem wird auf Weisung des Ministers Rühle jede Selbstverständlichkeit vermerkt, die die humanitäre Fiktion stützen könnte; und sei sie noch so lapidar.

Rühle gab bisher keine Antwort auf die Frage nach der Höhe des Risikos. Gebetsmühenhaft wiederholen alle Koalitionssprecher, man hätte von vornherein gesagt, die "Aktion" sei nicht risikolos. Tatsache ist jedoch, daß das Risiko für die deutschen Soldaten bereits jetzt völlig unkalkulierbar geworden ist.

Die Bundesregierung weiß, daß die Rebellen aller Couleur die Taktik verfolgen, gezielt Fahrer durch Scharfschützen beschließen zu lassen, um so die Transporte auf den schmalen Straßen zu stoppen. Hinterher folgen Panzerfäuste, Mörser, Handgranaten. Die Fahrer in den deutschen Lkws sind ungeschützt. Man hat viel zu wenig Transportpanzer mitgenommen. Die Ideologie des "Einsatzes ausschließlich in befriedeten Regionen" ist für diese eklatante Fehlentscheidung verantwortlich. Von den Millionen kleinen und großen Minen ganz zu schweigen.

Die UNO-Planungen sahen ursprünglich einen UNOSOM II-Einsatz bis Mitte 1995 vor. Rühle hat das im Verteidigungsausschuß bestritten und nur von sechs Monaten Einsatz für die Bundeswehr gesprochen. Gleichzeitig plante er insgeheim bereits Gelder für Somalia in seinem Haushalt 1994 ein. Jetzt spricht er plötzlich von einer möglichen Einsatzdauer bis zu 1 1/2 Jahren. Mit jedem Tag aber erhöht sich auch das Risiko für die deutschen Soldaten. Unterdessen hat Admiral Howe längst erklärt, er glaube nicht, daß man Somalia in zwei Jahren befrieden könne. Wie lange will die Bundesregierung unsere Soldaten in Somalia lassen? Bis zum Ende? Oder will sie ihr Kontingent vorher abziehen, wie es die Kanadier schon getan haben?

Noch redet die Bundeswehr die Schüsse in Belet Huen klein. Doch Tatsache ist, daß aus einem Flüchtlingslager in der Nähe des Flugplatzes gezielt auf das deutsche Camp geschossen wurde. Die Kugeln pfliffen nur wenige Meter über die Köpfe der Soldaten.

Völlig unklar ist, was die Deutschen dort überhaupt sollen. Vielleicht wird die indische Brigade zunächst in Mogadischu eingesetzt. Vielleicht ziehen die Italiener nach Nordosten ab. Vielleicht übernehmen die Amerikaner keinen Transportschutz mehr zwischen Mogadischu und Belet Huen. All das wurde bis heute von UNOSOM II nicht entschieden. Dennoch regiert Sturheit in Bonn: Plan ist Plan.

Die UNO tut nichts ohne die Zustimmung von Howe. Insbesondere der formale Befehlshaber der UNOSOM II-Militäraktionen, der türkische General Bir, wird von Howe engstens gesteuert. Und so bestimmt letztlich das Pentagon, was die UNO und vor allem die US-Eingreiftruppe (die keine Blauhelme trägt!) in Somalia tun. Dem deutschen, künstlich zusammengefügtten Verband wird es genauso ergehen; schließlich untersteht er dem Logistik-Kommando des US-Generals Williams. Deshalb kann man sich auf einige "Überraschungen" gefaßt machen. Denn das Pentagon ist dafür bekannt, daß es seine Meinung über Nacht ändert.

Das Risiko für die UN-Truppen wird noch steigen. Dabei gibt es zwei Schwerpunkte.

Zum einen wird Mogadischu ein Unruheherd bleiben. Da die Hauptstadt von zentraler Bedeutung für jene ist, die die politische Herrschaft anstreben, wird es für diese darum gehen, ihren Anspruch auch sichtbar zu machen. Dazu gehört selbstverständlich das Gewinnen von Anhängern und die tatsächliche Kontrolle der Stadt. Dabei ist es unerheblich, ob Aidid gefangen wird oder nicht. Solange es keinen politischen Konsens gibt, bleibt Mogadischu höchst unruhig. Da aber der Nachschub für das deutsche Kontingent fast ausschließlich aus Mogadischu kommt, bestimmt die dortige Lage unmittelbar das Risiko der deutschen Soldaten mit. Mogadischu ist die Nabelschnur für UNOSOM II. Würde der Zugang dorthin abgeschnitten, wären die meisten UNOSOM II-Soldaten Gefangene im Inneren Somalias. Die Herrschaft über Mogadischu bestimmt das Schicksal von UNOSOM II. Das wissen natürlich auch Aidid und die anderen Clan-Führer. Im Klartext: Über die tatsächliche Gefährdung des Bundeswehr-Kontingents entscheidet nicht die Situation in Belet Huen, sondern jene in Somalias Hauptstadt. Dort aber hat die Bundeswehr keinerlei Gestaltungsmöglichkeit der militärischen und politischen Lage. Während die Amerikaner und die Italiener die kritischen Schwerpunkte (choke points) kontrollieren, befahl Minister Rühe das Bundeswehr-Kontingent leichtfertig in ferne Abhängigkeiten. Eine verheerendere Fehlentscheidung hat bisher kein deutscher Verteidigungsminister gefällt.

Zum anderen liegt der zweite strategische Schwerpunkt in den unwegsamen gebirgigen Steppen und Halbwüsten im Inneren des Nomadenlandes Somalia. Von dorthin beziehen die meisten Clans ihre personelle und politische Kraft. Dort sind ihre Vorratslager und dort haben sie ihre modernen Waffen versteckt; denn freiwillig abgegeben haben sie vor allem alte und unbrauchbare Kampfausrüstung. Die UNO hat beschlossen, ganz Somalia zu befrieden. Aus Sicht der Clans bedeutet das auch, daß Logistik-Truppen, wie die der Bundeswehr, ganz freiwillig wertvollstes Kriegsmaterial genau dorthin bringen, wo diese es haben wollen. Natürlich sind einige kleinere Überfälle und Schießereien gegen die Transporte ins Hinterland, nach Belet Huen und dann weiter Richtung Norden, nicht mehr auszuschließen. Doch wahrscheinlich ist eher etwas anderes. Die Clan-Führer wollen ja, daß soviel Kriegsmaterial wie möglich ins Hinterland geschafft wird. Erst wenn genügend Vorräte da sind, wird man sie sich mit gezielten Überfällen holen, um sich damit aufzurüsten und zu bewaffnen. Gleichzeitig wird man soviel wie möglich auf örtlicher Ebene mit den UN-Soldaten kooperieren. Schließlich gibt das gutes Geld und auch Gelegenheit zu manchen "Schnäppchen".

Es ist also nicht damit zu rechnen, daß das Bundeswehr-Kontingent gleich zu Beginn einem hohen Risiko ausgesetzt ist. Erst wenn die Transportwege im Hinterland überdehnt und die Rebellen geographisch im Vorteil sind, nimmt die Gefahr zu, daß Hinterhalte gelegt werden. Auf Entsatz können in solchen Fällen die Bundeswehr-Kameraden nicht rechnen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist besonders hoch im nächsten Jahr nach der Regenzeit. Herr Rühe kann dann jedoch nicht mehr sagen, das hätte er nicht gewußt!

Weil die UNO schon jetzt das Scheitern ihres bisherigen politischen Konzeptes der "Demokratisierung von oben" einräumen muß, hat sie einen völlig neuen Ansatz gewählt. Erstaunlich ist nur, daß das in der gesamten deutschsprachigen Medienlandschaft mit kaum einem Wort registriert wurde.

Das neue Konzept des "dezentralen Ansatzes" sieht vor, schon bis Ende Juli 40 Distrikt-Räte zu bilden. Dabei gibt es erhebliche Probleme, weil diese "Räte" von den Rebellen als Kollaborateure angesehen werden. Im Herbst sollten "Regionale Räte" gebildet werden, die schließlich 1994 einen "Nationalen Rat des Überganges" bestimmen sollen. Diese Absicht der UNO, eine von den Clanstrukturen unabhängige Übergangsregierung zu etablieren, besitzt keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Deshalb wird der UNO längerfristig nichts anderes übrigbleiben, als den Frieden zusammen mit sämtlichen Clans zu gestalten. Alles andere bedeutet Fortsetzung der Unruhen und womöglich sogar Bürgerkrieg mit der UNO als Kriegspartei.

Die UNO ist ratlos und agiert deshalb hektisch. Da man die Clans nicht entwaffnen kann, ohne massiv militärische Mittel einzusetzen, gibt es nur die Alternativen "politische Verhandlungslösung" oder "militärische Intervention".

Weil langsam auch Herr Rühe begreift, welches "Risiko" er unseren Soldaten und dem ganzen deutschen Volk zumutet, beginnt er jetzt zaghafte nach einer politischen Lösung zu rufen. Der Zauberlehr-

keit über eventuell notwendige Maßnahmen - bis hin zur Schließung von Anlagen - erst durch den jährlichen Bericht der Gewerbeaufsicht erfahren. Besonders schlimm ist, daß die Abgabe von Krebsgiften von der Staatsregierung sehr wohl in ihr sicherheitstechnisches Kalkül einbezogen wird - mit der Maßgabe, die Gifte müßten nur ausreichend verdünnt werden.

Prüfungen in der chemischen Industrie finden vor allem durch betriebseigenes Personal und durch sachverständige des TÜV oder durch Sachkundige - auch sie sind durch den Unternehmer zu veranlassen - statt. Die Prüfungen durch die Gewerbeaufsicht dagegen sind nicht einmal jedes Jahr sichergestellt. Und - so die Antwort der Staatsregierung weiter - "bei diesen Besichtigungen können die Gewerbeaufsichtsbeamten allerdings nur stichprobenartig überprüfen, ob die Betriebe ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Eine allumfassende Überwachung der Betriebe ist aus personellen Gründen nicht möglich."

Des Weiteren werden die Betriebe der bayerischen Chemieindustrie auch durch die Wasserwirtschaftsbehörden und durch die Feuerbeschau der Gemeinden geprüft.

Vor allem dann will die Staatsregierung außerordentliche Prüfungen veranlassen, wenn bereits irgendwo etwas passiert ist - so zum Beispiel bei erdgedeckten Flüssiggasrohrleitungen nach der Flüssiggasexplosion am 26. August 1992 in St. Englmar. Die großangekündigte Untersuchung des Sozialministeriums bei Druckbehältern mit exothermen chemischen Reaktionen, bei denen giftige oder krebserzeugende Stoffe beteiligt sind oder entstehen können - wie beim Unfall am 22. Februar 1992 bei der Firma Hoechst, Werk Griesheim -, liest sich in der Antwort mehr als drei Monate nach dem Unfall weitaus verhaltener als in der spontanen Presseerklärung des Ministeriums unmittelbar nach dem Störfall: "...wurde allen Betrieben der chemischen Industrie in Bayern von der Gewerbeaufsicht aufgegeben, ihre in Frage kommenden Anlagen daraufhin zu überprüfen, ob die sich aus den Analysen der Stör- und Schadenfälle im Raum Frankfurt ergebenden Ursachen ebenfalls vorliegen und gegebenenfalls entsprechende Abhilfemaßnahmen einzuleiten."

Hatte nach dem Unfall noch ein Gewerbedirektor des Sozialministeriums erklärt, es müßten wohl einige Betriebe nach der Überprüfung stillgelegt werden, so hat das Ministerium dazu mittlerweile keine Meinung mehr. Die Öffentlichkeit muß, um mehr zu erfahren, schon den Jahresbericht der Gewerbeaufsicht abwarten, der dann - so der Minister - auch im Landtag vorgestellt und erörtert wird.

Ebenfalls sehr unverbindlich bleibt der Minister bei den chemischen Anlagen, die vor 1970 errichtet wurden und besonders in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten sind. Zwar würden sich "die sicherheitstechnischen Anforderungen an die Anlagen ständig" erhöhen, meint das Ministerium: "Zum Beispiel kann es erforderlich werden, Einrichtungen, wie die meß-, steuer- und regeltechnische Absicherung von Anlagen, die in der Vergangenheit als ausreichend galten, zu verbessern. Wo dies nicht in den gebotenen Zeiträumen möglich ist, können auch Stilllegungen von Anlagen nicht ausgeschlossen werden, wobei unter Beachtung des Gebotes der Verhältnismäßigkeit zu entscheiden ist."

Besonders schlimm bleibt aber, daß die Freisetzung von giftigen und krebserzeugenden Stoffen von der Staatsregierung offenbar einkalkuliert ist, wie die Minister-Antwort verrät: "Nach den derzeit geltenden Vorschriften ist eine chemische Betriebsanlage nicht stillzulegen, wenn ein Überdruckventil im Notfall krebserregende Stoffe in die Luft abgibt. Die Anlage muß aber so gut mit Mitteln der Meß-, Steuer- und Regeltechnik abgesichert sein, daß ein Ansprechen dieses Ventils hinreichend unwahrscheinlich wird. Spricht es dennoch im Notfall an, muß gewährleistet sein, daß austretende Stoffe gefahrlos abgeleitet werden, also Gefährdungen für Mensch und Umwelt nicht zu befürchten sind. Nach den einschlägigen technischen Regeln erfordert das 'gefahrlose Ableiten', austretende Stoffe entweder aufzufangen oder im Freien so schnell zu verdünnen, daß keine gefährlichen Konzentrationen auftreten können. Dies ist auf den Einzelfall bezogen abhängig von der Umgebungssituation und der möglicherweise freigesetzten Stoffmenge zu prüfen."

Die Sicherheitsphilosophie der Staatsregierung bei chemischen Anlagen in Bayern scheint sehr davon abzuhängen, wie sehr die möglichen Unfälle gerade im Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen. Eine solche Auffassung ist grob fahrlässig. Der Gewerbeaufsicht ist hier kein Vorwurf zu machen, da sie sicher im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles Erdenkliche unternimmt. Vielmehr fehlt es der Staatsregierung und ihrer CSU-Fraktion am politischen Willen, wie die immer wieder erfolgte Ablehnung von SPD-Anträgen auf personelle und sachliche Aufstockung der Gewerbeaufsicht und der Umweltschutzbehörden belegt.

(-/29. Juli 1993/ks/ks)